

Was haben wir von Putin zu erwarten?

Wolfgang Leonhard

Mit der feierlichen Ernennung Wladimir Putins zum neuen Präsidenten Russlands am 7. Mai 2000 im Katharinensaal des Kremls ist mehr geschehen als eine Auswechselung des Präsidenten. Es handelt sich vielmehr um eine entscheidende Zäsur. Die fast zehnjährige widersprüchsvolle und oft chaotische Periode Jelzins ist abgeschlossen, kraftvolle Schritte in Richtung einer sich bereits abzeichnenden Stabilisierung kennzeichnen eine neue Ära.

Wladimir Putin ist ein Vertreter der jüngeren Generation, ein energischer neuer Präsident, der sich auf die Zustimmung und das Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung stützt und in kurzer Zeit bereits wichtige Veränderungen durchsetzen konnte. Er ist zweifellos ein Hardliner, ein mit der Armee und dem Staatssicherheitsdienst verbundener Offizier mit autoritären Zügen und soldatischen Manieren, aber keineswegs primitiv. Er vereint kompromisslose Härte mit ruhiger, sachlicher Argumentation.

Zwar stehen Besuche bei Armee-Einheiten und Jubiläumsfeiern des Staatsicherheitsdienstes im Vordergrund, aber es fällt auf, dass er sich wiederholt mit kritischen Intellektuellen traf, offensichtlich um zu diesen Kreisen eine Brücke zu bauen. Das bezeugen auch seine Kranzniederlegung am Grab des bekannten Bürgerrechtlers Andrej Sacharow, seine längeren Unterredungen mit führenden Intellektuellen des Landes, seine Einladungen an Gorbatschow und Solschenizyn in den Kreml – alles Schritte, die

kaum als wahlaktische Manöver zu erklären sind.

Die Mehrheit der Bevölkerung sieht in Putin den seit langem gewünschten „starken Mann, der endlich Ordnung schafft“. Er ist nicht diskreditiert durch die zehnjährige Jelzin-Periode. Jung, aktiv und willensstark, stützt er sich auf ein außerordentliches Vertrauen der Bevölkerung und verfügt über eine sichere Mehrheit im Parlament.

Innenpolitische Schritte

Innenpolitisch musste Präsident Putin ein schwieriges Erbe antreten. In den zehn Jahren unter Jelzin sind durchaus positive Entwicklungen in Gang gesetzt worden, zum Beispiel die (wenn auch manchmal begrenzte) Rede-, Glaubens- und Organisationsfreiheit, die Ausarbeitung einer neuen Verfassung (am 12. Dezember 1993 in einem Referendum von der Mehrheit der Bevölkerung angenommen), die Wahlen zur Duma im Dezember 1993, Dezember 1995 und Dezember 1999, die von den OSZE-Wahlbeobachtern (zu denen auch der Autor gehörte) als „im Großen und Ganzen fair“ bezeichnet wurden, obwohl der Wahlkampf im Fernsehen zuweilen bedenklich einseitig war; die weit gehende Befreiung der Zeitungen, des Rundfunks und Fernsehens von der früheren Parteikontrolle sowie der Aufbau einer föderalen Struktur, in dessen Verlauf die 89 Regionen zunehmend an Selbstständigkeit gewannen.

Diese und andere positive Aspekte der Jelzin-Ära sind jedoch in der russischen

Bevölkerung heute fast völlig verdrängt, während negative Aspekte im Mittelpunkt stehen:

- Das drastische Ansteigen der Kriminalität, die zunehmende Zahl von Auftragsmorden und die totale Unfähigkeit der Behörden, die Verbrechen aufzuklären, die Verantwortlichen zu finden und sie den Gerichten zur entsprechenden Bestrafung zu übergeben.
- Die ineffektive und korrupte Verwaltung. Nach offiziellen Angaben der russischen Staatsanwaltschaft steht Russland, was die Zahl des Verwaltungpersonals pro Kopf der Bevölkerung angeht, unter den fast 180 Mitgliedsstaaten der UN an fünfter Stelle in der Welt (die Liste wird angeführt von Venezuela, Pakistan und Kamerun).
- Die Korruption und Bestechlichkeit in den Führungsgremien des Systems – einschließlich der Umgebung Jelzins.
- Die maßlos übertriebene und oft peinliche Glorifizierung des Präsidenten Jelzin, der, zunehmend durch Krankheiten geschwächt, sich in seinem Verhalten dem Amt des Präsidenten nicht gewachsen zeigte.
- Die wiederholten hektischen Eingriffe Jelzins und der Präsidialverwaltung in die Tätigkeit der Regierung, seine häufigen Ein- und Absetzungen von Ministerpräsidenten, die eine kontinuierliche Tätigkeit erschwerten.
- Die ständigen Kontroversen zwischen der Exekutive auf der einen und dem Parlament (Duma) auf der anderen Seite. Das Übergewicht der Kommunisten und Rechtsnationalisten in der Duma behinderte die Reformen und erschwerte eine effektive Staatsführung.
- Der chaotische Wirrwarr in der Spitzengleitung Jelzins mit ungeklärten Kompetenzen zwischen Präsidialverwaltung, Regierung (Ministerrat) und Sicherheitsrat, die oft völlig widersprüchliche Erlasser herausgaben.

Vor diesem Hintergrund entwickelt sich seit einem Jahr die Innenpolitik des neuen Präsidenten Putin.

Das Ziel der Putin-Führung ist ein starker Staat – aber im Rahmen der Verfassung und der Gesetze. Putins wiederholte Forderung nach einer „Diktatur der Gesetze“ enthält sowohl die von der Mehrheit der Bevölkerung gewünschte „starke Hand“ als auch den indirekten Hinweis, es werde sich nicht um eine Willkürherrschaft handeln.

Schon kurz nach seiner Ernennung trat Putin für die Herausbildung einer neuen Ideologie ein. Mit und durch die Umgestaltung habe sich, so Putin, ein ideologisches Vakuum herausgebildet. Russland brauche eine neue Ideologie auf der Grundlage des „Patriotismus in seinem positiven Sinne“. Dies hat Putin bisher nicht konkretisiert – aber man darf annehmen, dass ihm eine Synthese der unterschiedlichen, oft gegensätzlichen Traditionen und Strömungen vorschwebt.

Bedenklich und zu Recht kritisiert worden sind die Bestrebungen der Putin-Führung, die Medienfreiheit zu begrenzen. Dies gilt in erster Linie für den unter Einfluss von Wladimir Gussinski stehenden Fernsehsender NTV, der sich wiederholt kritisch über den Tschetschenien-Krieg äußerte und vor autoritären Strukturen warnte. Seit Herbst 2000 kam es auch zu einer sich ausdehnenden Kontroverse mit Beresowskij, dem entscheidenden Anteilseigner des wichtigsten Fernsehsenders ORT, der eine Rückkehr zu totalitären Methoden befürchtet und die Putin-Führung deswegen öffentlich anklagt.

Sowohl auf NTV als auch auf ORT wird von Seiten der Putin-Führung zunehmend Druck ausgeübt. Man kann dem demokratischen Politiker Boris Njemzow zustimmen, der am 11. September 2000 erklärte, in Russland werde gegenwärtig eine „kastrierte Demokratie“ errichtet, in der einerseits ein Mehrpartei-

ensystem sowie die Freiheit der Printmedien beibehalten, andererseits aber die staatliche Kontrolle über die wichtigsten Fernsehkanäle hergestellt werde.

Bedenklich erscheint vor allem die zunehmende Zentralisierung. Mitte Mai 2000 ordnete Präsident Putin an, die 89 in der Russischen Föderation bestehenden Regionen sieben neuen Großregionen zu unterstellen. Diese Großregionen werden von Generalgouverneuren geleitet (fünf Generälen und zwei Zivilisten), die von Putin ernannt und nur ihm gegenüber rechenschaftspflichtig sind. Am 30. Juni bestätigte das russische Parlament ein Gesetz, wonach Präsident Putin das Recht hat, regionale Gouverneure abzusetzen und die Parlamente in den Regionen aufzulösen. Dann wurde – verfassungswidrig – der Föderationsrat, die zweite Kammer des Parlamentes, abgeschafft. An dessen Stelle trat am 5. September der Staatsrat unter Vorsitz des Präsidenten Putin, dem jedoch nur Vertreter der Exekutive angehören und der lediglich als beratendes Organ des Präsidenten wirkt. Dies erscheint als eine bedenkliche und folgenschwere Abkehr von dem erfolgreich eingeschlagenen Weg zu einer föderalistischen Staatsstruktur.

Vertrauen zu Putin stabil

Der im August 1999 begonnene Krieg gegen Tschetschenien wird seit Frühjahr 2000 in der Bevölkerung zunehmend kritisch beurteilt. Die steigende Zahl der Opfer, die gewaltigen Kosten (monatlich vier Milliarden Rubel) und die Ankündigung, russische Truppen blieben auch nach Kriegsende ständig in Tschetschenien stationiert, verstärken Fragen nach der Rechtfertigung dieser Politik. Selbst am offiziell verkündeten „Kampf gegen den internationalen Terrorismus“ machen sich zunehmend Zweifel bemerkbar. Dies wurde offensichtlich von der Putin-Führung sorgfältig registriert. So fällt es auf, dass seit Frühjahr 2000 immerwen-

ger über die militärischen Operationen in Tschetschenien berichtet wird. An die Stelle der früheren Aufrufe zum Hass treten Andeutungen einer politischen Lösung. Besonders wichtig war der Hinweis Putins vom 21. November, im Tschetschenien-Krieg gehe es keineswegs um einen Sieg um jeden Preis, sondern lediglich darum, einen Brückenkopf antirussischer Kräfte zu verhindern. Eine Abschwächung oder sogar Einstellung des Krieges in Tschetschenien erscheint daher durchaus als eine ernst zu nehmende Möglichkeit.

Die grauenvolle Explosion auf dem russischen Atom-U-Boot Kursk am 12. August hat Putins Autorität zwar verringert, aber keineswegs ernsthaft beschädigt, wie zunächst im Westen angenommen worden war. Die Desinformation der Bevölkerung nach dem Untergang der Kursk erreichte fast sowjetische Dimensionen. Am Sonnabendvormittag explodierte und sank die Kursk, aber diese Katastrophe wurde zwei Tage lang, bis Montag, völlig geheim gehalten. Danach ließ die militärische Führung weitere drei Tage verstreichen, ohne die bereits angebotene ausländische Hilfe anzunehmen. Stattdessen wurde wiederholt erklärt, Russland verfüge über alle notwendigen Mittel, um die Matrosen aus ihrem Verlies zu befreien, obwohl der militärischen Führung bewusst war, dass sich dies nicht bewerkstelligen ließ. Immer wieder – teilweise sogar noch bis heute – wurde wahrheitswidrig behauptet, ein ausländisches U-Boot habe die Kursk gerammt und sei daher für den Untergang verantwortlich. Flottenchef Wladimir Kurojedow versprach sogar in aller Öffentlichkeit, binnen zweier Monate „den Mörder der Kursk“ zu nennen, obwohl inzwischen eindeutig feststeht, dass es sich um die Explosion eines Hochgeschwindigkeitstorpedos gehandelt hat.

Verantwortlich für diese Desinformation waren Verteidigungsminister Mar-

schall Igor Sergejew und der Oberbefehlshaber der russischen Seestreitkräfte, Admiral Wladimir Kurojedow. Dabei wurden nicht nur die Familienmitglieder der Opfer und die russische Bevölkerung, sondern auch Präsident Putin verspätet und völlig unzureichend informiert. In den entscheidenden Tagen soll Putin verharmlosende und beschönigende Berichte erhalten haben. Daher richtet sich der Zorn der Bevölkerung vor allem gegen die militärische Führung, während sich der Rückgang der Popularität Putins in Grenzen hielt. Dies wird durch die Meinungsumfragen der *Literaturzeitung* bestätigt. Auf die Frage „Haben Sie Vertrauen zu Putin?“ antworteten in der Periode vom 20. bis 25. Juli 2000 73 Prozent mit Ja. Einen Monat später, nach dem tragischen Ende der Kursk, sprachen Putin 65 Prozent ihr Vertrauen aus. Zweifellos ist dies ein enormer Rückschlag um acht Prozent, aber Putin verfügt immer noch über das Vertrauen von fast zwei Dritteln der Bevölkerung. Allerdings: Wie ich bei meinen Besuchen im März 2000 in St. Petersburg und danach Ende September in Kaliningrad feststellen konnte, ist selbst bei jenen, die Putin immer noch ihr Vertrauen aussprechen, die Unterstützung für ihn nicht mehr so absolut, so überwältigend, so eindeutig wie vorher. Seine Erlassse werden nicht mehr widerspruchslös hingenommen.

Das gilt auch für seinen Vorschlag einer neuen Nationalhymne Russlands. Anstelle der von Jelzin eingeführten Glinka-Hymne (allerdings ohne Text) trat Putin dafür ein, die frühere, im März 1944 unter Stalin eingeführte sowjetische Staatsymne zur neuen Nationalhymne Russlands zu deklarieren. Dies entsprach zwar den Wünschen eines großen Teils der Bevölkerung – für die Wiedereinführung der sowjetischen Hymne sprachen sich nach Meinungsumfragen 46 Prozent, für die Beibehaltung der Glinka-Hymne fünfzehn Prozent und für die za-

ristische Hymne „Gott segne den Zaren“ vier Prozent aus –, stieß jedoch auf den Widerstand namhafter Intellektueller des Landes und führender demokratischer Politiker (wie Grigorij Jawlinskij und Boris Njemzow). Auch Jelzin äußerte sich kritisch. Der Vorschlag Putins wurde jedoch erwartungsgemäß mit überwältigender Mehrheit von der Duma, dem russischen Parlament, bestätigt. Die geäußerte Vermutung, Putin wolle damit zurück zur sowjetischen Vergangenheit, dürfte jedoch kaum stichhaltig sein. Vorherrschend ist das Bestreben Putins, eine Synthese der unterschiedlichen Traditionen, Strömungen und Auffassungen zu finden. Neben den zaristischen Doppeladler als Wappen und die unter Peter dem Großen eingebürgerte weiß-blau-rote Trikolore als Staatsfahne tritt nun die ehemalige Sowjetymne mit einem veränderten Text. Es handelt sich um den (vielleicht vergeblichen) Versuch, die unterschiedlichen Traditionen und Strömungen unter einem nationalpatriotischen „russischen Dach“ zu vereinen.

Gegenwärtig und in unmittelbarer Zukunft steht die Putin-Führung vor neuen Problemen. In der zweiten Novemberwoche 2000 beschloss der Sicherheitsrat Russlands, die russischen Streitkräfte in den kommenden fünf Jahren um 600 000 Mann zu reduzieren. Die beschlossene Kürzung umfasst 470 000 Angehörige der Streitkräfte (darunter 240 000 Offiziersstellen und 308 Posten im Generalsrang) sowie 130 000 zivile Mitarbeiter. Die Truppenreduzierung soll bis 2003 abgeschlossen sein. Bis 2006 werden auch bei den strategischen Raketenraketen zehn Raketendivisionen gestrichen, die Truppen des Innenministeriums sollen um 20 000 Militärangehörige, der Grenzdienst um 5000 gekürzt werden. All dies wird nicht ohne politische Komplikationen erfolgen – umso mehr, als die Machtposition Putins nicht zuletzt auch von den Streitkräften abhängt –, aber mit größeren Gefahren

(etwa einem Militärputsch) ist, wie man annehmen darf, nicht zu rechnen.

Fazit: Die Innenpolitik der Putin-Führung ist gekennzeichnet durch eine Zentralisierung, eine Verstärkung der autoritären Strukturen, eine drastische Beschränkung der bisher autonomen Regionen und der demokratischen Freiheiten in den Medien – sie bedeutet aber auch eine gewisse Stabilisierung, vor allem dank der Unterstützung Putins durch die Bevölkerung und im Parlament.

In der Einschätzung der innenpolitischen Entwicklung gibt es – mit manchen Zwischentönen – vor allem zwei Auffassungen. Nach der einen, mehrheitlichen Auffassung ist Putins Innenpolitik notwendig und begrüßenswert. In Russland gebe es keine demokratische Tradition, man müsse die Dinge mit starker Hand durchsetzen. Nach einer anderen, vor allem in Kreisen der Intelligenz vertretenen Auffassung bedeutet diese Entwicklung für Russland die große Gefahr eines Abgleitens in eine Diktatur, vielleicht sogar in ein totalitäres Regime.

Wirtschaftspolitik wenig kontrovers

Im wirtschaftlichen Bereich ist die Einschätzung Putins weniger kontrovers. Putins Wirtschaftspolitik wird, von einigen Ausnahmen abgesehen, positiv eingeschätzt. Die Probleme, vor denen die neue Putin-Führung im wirtschaftlichen Bereich stand (und steht), seien hier stichwortartig zusammengefasst.

- Die Vorherrschaft der monopolistischen Großkonzerne, repräsentiert durch Personen, die als Folge einer chaotischen, schlecht vorbereiteten und nicht selten kriminellen Privatisierung im Frühjahr 1992 über unermessliche Reichtümer verfügen („Oligarchen“) wie Boris Beresowski, Wladimir Gussinskij, Wladimir Potanin, Roman Abramowitsch und Rem Wachrischew. Während der Jelzin-Periode verfügten sie nicht nur über eine gewaltige wirtschaftliche Macht, sondern

hatten einen maßgeblichen Einfluss in den Medien und durch den direkten Zugang zur Präsidialverwaltung auch einen bestimmenden Einfluss auf die Politik des Landes. Durch jährliche Überweisungen von durchschnittlich zwanzig Milliarden Dollar auf ausländische Banken entzogen sie der russischen Wirtschaft lebensnotwendiges Kapital.

- Die dramatische Ausdehnung der Mafia, die ihre Informationen über die kriminelle Privatisierung für erpresserische Zwecke gebrauchte (und missbrauchte). Ein überwältigender Teil der Unternehmungen entrichtet der Mafia monatliche Tributzahlungen. Bei Nichtzahlung laufen die Unternehmer Gefahr, durch Auftragsmörder erschossen zu werden (was in dutzenden von Fällen schon geschehen ist).

- Unverständliche und oft widersprüchliche Eingriffe durch Erlasse der Präsidialverwaltung, des Sicherheitsrates und der Regierung, die Kontinuität und Berechenbarkeit der wirtschaftlichen Tätigkeit verhinderten.

- Die Unsicherheit der Banken und Sparkassen, die nur über völlig unzureichende Mindestreserven verfügten und daher in Krisensituationen, wie etwa Mitte August 1998, zusammenbrachen.

- Die Ausdehnung der Schattenwirtschaft durch direkte Bartermingeschäfte zwischen den einzelnen Unternehmungen, meist auf Naturalbasis, die weder besteuert noch von der Wirtschaftsstatistik erfasst wurden. Nach glaubwürdigen Untersuchungen umfasst die Schattenwirtschaft 25 bis vierzig Prozent der gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit Russlands.

- Die gewaltig zugespitzten sozialen Unterschiede zwischen den Neureichen auf der einen und den armen Schichten der Bevölkerung, der Bevölkerungsmehrheit, auf der anderen Seite. Im zweiten Quartal 1999 lebten nach offiziellen Angaben 59,6 Millionen Menschen, das heißt 40,8 Prozent der russischen Bevölkerung, unter

dem Existenzminimum. Russland steht, was den Lebensstandard anbetrifft, an 71. Stelle in der Welt, nicht nur weit hinter allen osteuropäischen Ländern, sondern auch hinter vielen Entwicklungsländern, darunter Libyen.

– Die untergeordnete Rolle des Mittelstandes (russisch „Mittelschichten“), wozu in Russland Familien mit einem Monatseinkommen zwischen 500 und 1500 US-Dollar gezählt werden. Im Unterschied zu allen Industriestaaten gehören in Russland nur sieben Millionen Menschen zum Mittelstand, etwas über vier Prozent der Bevölkerung. Der Mittelstand verfügt nur über eine begrenzte Stabilität, reagiert empfindlich bei überraschenden Wirtschaftsumstellungen und wurde von der Finanzkrise Mitte August 1998 besonders stark betroffen.

Unbestritten sind seit Frühjahr 1999 eine Erholung und Verbesserung der wirtschaftlichen Situation (allerdings von einem äußerst niedrigen Ausgangspunkt) erkennbar – vor allem durch die Erhöhung der Erdölpreise und der daran gekoppelten Erdgaspreise sowie eine Stabilisierung der Steuereintreibung. Durch die drastische Abwertung der Rubelwährung verbesserten sich die Exportchancen. Die Einnahmen des Staates haben zugenommen, die Inflation ist moderat, die russische Haushaltssituation hat sich spürbar verbessert. Die Industrieproduktion stieg im Vergleich zu 1999 um 6,7 Prozent. Seit Frühjahr 1999 – bisher sehr ungewöhnlich – ist der Rubel stabil, Russland nimmt keine neuen Kredite aus dem Ausland mehr auf, die Gold- und Devisenreserven der Zentralbank stiegen in einem Jahr von 12,5 auf 23,3 Milliarden Rubel, die ausländischen Investitionen stiegen um 11,9 Prozent. Erstmals berichten westliche mittelständische Exporteure, dass Geldüberweisungen relativ prompt erfolgen und das Lieferantenrisiko zurzeit gering ist. Nach Umfragen werten die Führungen von 2000 russischen Unter-

nehmungen zu 85 Prozent die Situation in ihren Betrieben als gut oder befriedigend, bei fünfzehn Prozent ist die Nachfrage, bei 25 Prozent die Produktion gestiegen.

Im sozialen Bereich gelang es der Putin-Staatsführung, den insgesamt vierzehn Millionen Arbeitern und Angestellten – oft nach zweijähriger Pause – erstmals wieder die ausstehenden Löhne und Gehälter auszuzahlen. Die Zahl der unter dem Existenzminimum lebenden Menschen ist von 59,6 Millionen (40,8 Prozent der Bevölkerung) im Jahr 1999 inzwischen auf 50,5 Millionen (34,7 Prozent der Gesamtbevölkerung Russlands) gesunken. Ein gewisser Fortschritt ist unverkennbar – aber er dürfte allenfalls als erster, kleiner Schritt in der Bewältigung der außerordentlich schwierigen sozialen Problematik zu bewerten sein.

Der Kurs der Putin-Führung einer schnellen Entwicklung der Marktwirtschaft wird durch die Beförderung wichtiger Wirtschaftsreformer unterstrichen. Sowohl Ministerpräsident Michael Kasjanow als auch der neue Finanzminister Alexej Kudrin und der neue Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Handel, German Gref, sind hervorragend ausgebildete Marktwirtschaftler, die in den letzten Jahren durch enge Beziehungen zu westlichen Wirtschaftsinstanzen über moderne Wirtschaftserfahrungen verfügen und im Westen als sachkundige Verhandlungspartner gelten.

Entscheidende Maßnahmen

Nach längeren Vorarbeiten durch den Wirtschaftsreformer German Gref, der als Leiter des „Zentrums für strategische Ausarbeitung“ ein Programm für die Wirtschaftsentwicklung erstellte, verkündete Präsident Putin am 6. Juni 2000 folgende entscheidende Maßnahmen zur Forcierung der Marktwirtschaft in Russland:

Erstens: Der Schutz des Eigentums wird verbessert. Die Aktionäre erhalten

Zugang zu Informationen über die Tätigkeit ihres Unternehmens. Es werden legale Grundlagen für das Privateigentum geschaffen, darunter der Erwerb von Grund und Boden.

Zweitens: Es wird ein gleicher Wettbewerb für alle eingeführt. Die heute noch geltenden Privilegien für bestimmte Unternehmen werden abgeschafft.

Drittens: Die Unternehmer werden vom administrativen Joch befreit, der Staat wird seine überflüssige Einmischung in die Wirtschaft aufgeben.

Viertens: Die Steuerlast wird gesenkt. Damit werden die heutigen Steuerhinterziehungen verringert, die Schattenwirtschaft eingeschränkt und die Investitionstätigkeit belebt. Das Zollwesen wird entbürokratisiert.

Fünftens: Das Bankwesen wird von nicht lebensfähigen Institutionen befreit, die Tätigkeit der Banken wird transparent.

Sechstens: Russland wird eine realistische Sozialpolitik betreiben. Der staatliche Paternalismus ist ökonomisch nicht mehr möglich und politisch nicht zweckmäßig. Soziale Beihilfen und Vergünstigungen sollen nicht mehr automatisch vergeben werden. Soziale Gesetze müssen finanziert sein.

Siebtens: Putins Schlussfolgerung: Russland benötigt ein Wirtschaftssystem, das wettbewerbsfähig, effektiv und sozial gerecht ist und damit auch eine stabile politische Entwicklung gewährleistet.

Im Unterschied zu früheren, häufig wechselnden Wirtschaftsbeteuerungen (die meist nicht eingehalten und zuweilen bald vergessen wurden) werden diesmal Putins wirtschaftliche Grundsätze umgesetzt, weil a) kein Zweifel daran besteht, dass Putin und seine Wirtschaftsreformer die schnelle Entwicklung der Marktwirtschaft ernst meinen, und weil b) Putin über eine ausreichende Machtbasis verfügt, um diese Ziele auch durchsetzen zu können.

Entscheidend für die weitere wirtschaftliche Entwicklung ist das Verhältnis der Putin-Führung zu den Oligarchen, die unter Jelzin als eigentliche Machthaber und Drahtzieher wirkten. Bei einem Spitzengespräch Putins mit den Oligarchen – allerdings ohne die Kritiker Boris Beresowskij und Wladimir Gussinskij – wurde folgender Kompromiss erzielt:

Die Putin-Führung versprach, keine neuen Verstaatlichungen vorzunehmen und nicht zu untersuchen, woher die Milliarden kommen, über die die Oligarchen heute verfügen. Andererseits versprachen die Oligarchen, auf eine Konfrontation mit der Putin-Führung zu verzichten, keine „unsauberen Geschäfte größeren Stils“ zu machen, die Steuern zu zahlen und ihren Einfluss auf die politischen Regierungsentscheidungen zu verringern.

Nach einer Meinungsumfrage im November 2000 (von den Soziologen des Fonds „Öffentliche Meinung“) werden die von Putin begonnenen Wirtschaftsreformen von 44 Prozent der Befragten positiv eingeschätzt. 56 Prozent vertreten jedoch die Meinung, der Präsident – und nicht die Regierung – solle persönlich die Verantwortung für die Fortsetzung der Reformen in Russland tragen.

Fazit: Russland hat heute mit Putin einen national-autoritären Präsidenten, der das Land zentralisiert, die autoritären Strukturen verstärkt, die Autonomie der Regionen drastisch beschränkt, aber gleichzeitig im wirtschaftlichen Bereich liberale Wirtschaftsreformer in Schlüsselstellungen eingesetzt, ein klares Wirtschaftsprogramm verkündet hat und mit Entschlossenheit eine marktwirtschaftliche Entwicklung vorantreibt. In der russischen Presse wird diese Kombination als „südkoreanisches Modell“ bezeichnet.

Außenpolitik

Putin unterstreicht deutlicher als sein Vorgänger Jelzin den Großmachtanspruch Russlands, die russische Tradi-

tion, den eigenen russischen Weg. Im Zentrum steht die Forderung, Russland müsse als Großmacht anerkannt, respektiert und konsultiert werden. In seiner Rede vor dem Parlament am 8. Juni 2000 erklärte Putin, Russland führe eine selbstständige Außenpolitik, die auf den eigenen nationalen Interessen basiere, auf der Grundlage des Pragmatismus und der Effizienz.

Aus Erklärungen und Handlungen Putins geht hervor, dass Russland seine Großmachtrolle in den Mittelpunkt stellen wird, aber gleichzeitig darauf bedacht ist, den Bogen nicht zu überspannen und die Beziehungen zum Westen nicht zu gefährden. Russland, so Putin, sei an einer Entwicklung gleichberechtigter, gegenseitig vorteilhafter und gut nachbarlicher Kooperation mit den Staaten des Westens interessiert – ein Zeichen dafür, wie sehr Putin die Abhängigkeit Russlands vom Weltmarkt und vor allem von den westlichen Industriestaaten bewusst ist.

Die größte außenpolitische Besorgnis der Putin-Führung ist die NATO-Osterweiterung, die Russland von Anfang an abgelehnt hat, weil es befürchtet, eingekreist oder zumindest isoliert zu werden. Anlässlich der zu erwartenden Entscheidung der NATO über eine zweite Beitrittswelle sind die Befürchtungen gestiegen. Dabei wird von russischer Seite unterschieden zwischen den osteuropäischen Ländern, den ehemaligen Mitgliedsländern des Warschauer Paktes, und den baltischen Staaten – Estland, Lettland und Litauen –, die als Bestandteile der ehemaligen Sowjetunion angesehen werden. Unverblümt und offen wird ausgesprochen, dass der Beitritt baltischer Staaten zur NATO zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen, vielleicht sogar zu einer neuen Konfliktsituation führen könnte.

Dies gilt jedoch ausschließlich für die geplante NATO-Osterweiterung, nicht

aber für die Osterweiterung der Europäischen Union, die im Großen und Ganzen von Russland akzeptiert, teilweise sogar positiv gesehen wird. Besonders wichtig ist dabei die Rolle Kaliningrads. Da man mit einer Aufnahme von Litauen und Polen rechnen muss, würde Kaliningrad eine russische Enklave im Gebiet der Europäischen Union sein. Bereits seit längerer Zeit wird daher von der Europäischen Union, vor allem von den skandinavischen Ländern, aber wohl auch mit Unterstützung Deutschlands, ein Weg gesucht, um eine zu harte Trennung zwischen Kaliningrad und den umliegenden Ländern der Europäischen Union zu verhindern und flexible Übergangsregelungen zu schaffen. Dies wird auch von russischer Seite unterstützt, sodass die zukünftigen Beziehungen der Europäischen Union zu Kaliningrad als Modell für die Beziehungen zur ganzen Russischen Föderation dienen könnten.

In jüngster Zeit wird in Moskau darüber hinaus das Verlangen zum Ausdruck gebracht, dass Russland an der Regelung des Konfliktes zwischen Arabern und Israelis beteiligt wird und diese Vermittlerrolle nicht nur ein Monopol der USA bleibt.

Eigenständige Rolle

Zuweilen wird die Frage gestellt, warum Russland die Erklärungen, Maßnahmen und Handlungen des Westens nur so zögerlich unterstützt, wie dies in der Bosnien-Krise, in den westlichen Aktionen gegen Saddam Hussein im Irak, im Kosovo-Konflikt sowie kürzlich bei der Befreiung Jugoslawiens von Milosevic und der Wahl von Kostunica zum neuen Präsidenten zum Ausdruck kam. Russlands Zögern, den Westen zu unterstützen, hat weniger mit den genannten einzelnen Beispielen zu tun, sondern es handelt sich vielmehr um eine Grundlinie der russischen Außenpolitik: niemals westliche Vorschläge kritiklos anzunehmen oder

gar zu unterstützen, sondern stets die eigenständige Rolle zu unterstreichen. Dies ist auch bei dem jüngsten Wandel in Serbien zum Ausdruck gekommen, wo die russische Seite zwar Milosevic nicht mehr unterstützte, gegenüber dem neuen Präsidenten Kostunica aber zunächst eine gewisse Zurückhaltung zeigte und sich vor allem eindeutig dagegen wendet, dass Milošević vor dem Europäischen Gerichtshof in Den Haag erscheinen soll.

Die Reisen Putins nach China, Nordkorea und Kuba sind nicht als eine Wiederherstellung der früheren ideologisch-politischen Beziehungen zu den kommunistischen Ländern zu werten, sondern dienen ebenfalls dem Ziel, die eigenständige Außenpolitik Russlands zu verdeutlichen.

Die gegenwärtige und zukünftige Außenpolitik der Putin-Führung ist besonders für Deutschland wichtig als dem Land, das in allen Bereichen die engsten Beziehungen zu Russland unterhält. Kein europäisches Land verfügt über einen so weit reichenden Vertrag mit Russland und den GUS-Staaten wie Deutschland. Der detaillierte und weit gehende Vertrag über „gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit“ ist am 9. November 1990 vom damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem damaligen Sowjetpräsidenten Michail Gorbatschow unterzeichnet worden. Der Vertrag wurde am 25. April 1991 vom Deutschen Bundestag einstimmig – eine Seltenheit! – ratifiziert. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Dezember 1991 ist der Vertrag, völkerrechtlich einwandfrei, auf die Nachfolgestaaten der Sowjetunion übergegangen.

Die Zustimmung zur deutsch-russischen Partnerschaft (sowie darüber hinaus auch zur Partnerschaft mit anderen GUS-Staaten) wird von allen politischen Parteien, Richtungen, Strömungen in Deutschland geteilt. Unter diesen Bedin-

gungen konnten Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer nahtlos an die Russlandpolitik der vorherigen Regierung anknüpfen. Allenfalls gibt es gewisse Akzentverschiebungen aufgrund der Veränderungen in der Entwicklung Russlands.

Nach Abschluss der Verhandlungen Gerhard Schröders mit Wladimir Putin am 25. September 2000 kamen beide überein, regelmäßige Treffen führender Politiker, Journalisten, Geschäftsleute sowie Vertreter von Kultur und Kunst in Königswinter zu veranstalten – ähnlich den seit 1947 bestehenden deutsch-britischen Konferenzen am selben Ort. Die Teilnehmer treten ausschließlich als Personen, nicht aber als Vertreter von Parteien, Interessengruppen oder Organisationen auf.

Der zehnte Jahrestag der Vereinigung Deutschlands am 3. Oktober 2000 wurde in Russland mit positiven Kommentaren begleitet. In einer Erklärung des russischen Parlamentes wurde dabei die Hoffnung geäußert, Deutschland werde einen ausgewogenen Standpunkt zur NATO-Osterweiterung einnehmen und der Westen möge davon absehen, Republiken der ehemaligen UdSSR der NATO anzugehören. In einem Appell an führende Persönlichkeiten Deutschlands wurde vorgeschlagen, die politische Verfolgung früherer DDR-Bürger zu beenden und alle ehemaligen Funktionäre aus den Gefängnissen zu entlassen.

Am 9. November 2000, zum zehnten Jahrestag des Vertrages über „gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit“, erfolgte ein interessanter, etwas ungewöhnlicher Artikelaustausch. Präsident Putin veröffentlichte seinen Artikel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, Bundeskanzler Schröder den seinen in der *Iwestija*. Beide unterstrichen die erfolgreiche Kooperation in der Vergangenheit, das aktive Zusammenwirken im Rahmen der Ausbildung von Fachkräften, die Kon-

takte zwischen den Regionen Russlands und den Bundesländern Deutschlands, Partnerschaften zwischen dutzenden von Städten beider Länder, die Erfolge im wissenschaftlichen und kulturellen Austausch. In seinem Artikel in der FAZ fügte Putin lediglich bedauernd hinzu, die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen hätten noch nicht das gewünschte Ausmaß erreicht: „Die früheren langen Beziehungen zu Ostdeutschland sind noch nicht genügend zum Tragen gekommen.“ Putin betonte als weiteres Bindeglied die hunderttausende von Russlanddeutschen, die in den letzten Jahren nach Deutschland übersiedelten, sowie die mehr als eine halbe Million Russlanddeutschen, die weiter in der Russischen Föderation leben und arbeiten.

Beide, sowohl der Bundeskanzler wie auch der russische Präsident, setzten sich für die Ausdehnung eines intensiven, gut durchdachten Studenten- und Jugend austausches ein.

Perspektiven der Partnerschaft

Das eindeutige Bekenntnis zur Partnerschaft bedeutet meiner Auffassung nach nicht, sich auf Schönfärberei zu beschränken oder zu schweigen zu allem, was in Russland geschieht. Die Kritik, ja Ablehnung völkerrechtswidriger Handlungen der russischen Führung – vor allem der Krieg in Tschetschenien, das völkerrechtswidrige Gesetz der Duma, wonach verlagerte Kunstschatze zum Eigentum Russlands erklärt wurden, sowie die verlogene Desinformation nach der Tragödie des Atom-U-Bootes Kursk – sollte Deutschland in einer der Partnerschaft entsprechenden Form zum Ausdruck bringen. Andererseits aber sollten auch Russlands Befürchtungen – wie etwa bei der NATO-Osterweiterung – zur Kenntnis genommen und ernsthaft durchdacht werden.

Außerdem scheint es sinnvoll, dass in den Wirtschaftsbeziehungen (Russland schuldet der Bundesrepublik sechzig Milliarden D-Mark) angesichts der prognostizierten Wachstumsrate von bis zu fünf Prozent kein genereller Schuldenerlass erfolgt, wohl aber eine Umschuldung und Streckung der Verbindlichkeiten, in erster Linie für die Rückzahlung der früheren Sowjetschulden. Die Wiederaufnahme und Erhöhung der Hermes-Kredite bis zu einer Milliarde D-Mark erleichtern die Tätigkeit der deutschen Investoren. Es scheint auch richtig zu sein, sich gemeinsam mit den entsprechenden russischen Instanzen um größere Sicherheit deutscher Investoren zu bemühen.

Des Weiteren steht der Ausbau der Städtepartnerschaften nach wie vor auf der Tagesordnung, da es sich hierbei um eine besonders wichtige und erfolgreiche Form der Zusammenarbeit handelt. Mit 107 deutsch-russischen Städtepartnerschaften, 22 deutsch-russischen Kreispartnerschaften und 77 Partnerschaften deutscher Städte mit Städten anderer GUS-Länder steht Deutschland an der Spitze. Diese Städtepartnerschaften sind meist spontan entstanden und entwickeln sich aufgrund eigener Initiative; sie spielen eine wichtige Rolle, um persönliches Vertrauen zu erringen und sich menschlich zu verständigen. Sie geben den Verträgen über deutsch-russische Partnerschaft Sinn und Inhalt und bilden gleichzeitig die Grundlage für langfristige Kontakte im politischen, wirtschaftlichen, rechtlichen und kulturellen Bereich, in der Bildung und im Gesundheitswesen.

In all diesen Aktivitäten können sowohl Deutsche wie auch Russen sich auf teilweise langjährige Erfahrungen stützen, auf deren Grundlage die deutsch-russische Partnerschaft weiter ausgebaut und verstärkt wird.